

(Vizepräsident Lipinski.)

(A) Dann behaupten Sie es nicht, wenn Sie es nicht beweisen können. Daß russische Gelder für die Vorbereitung der Revolution aufgewendet worden sind, das ist in Deutschland öffentlich festgestellt worden. Ich habe aber davon gesprochen, welche Geldmittel Ihnen im Wahlkampf zur Verfügung gestanden haben.

Meine Herren! Sie haben auf die politisch Unmündigen spekuliert. Denn durch die Revolutionsregierung war ja das allgemeine Wahlrecht auch den Frauen zugesichert worden, damit waren mit einem Male 21 Millionen Frauenwähler geschaffen worden; 8 Millionen Soldaten kamen in kurzer Zeit von der Front zurück; sie alle hatten sich entweder gar nicht oder nur in geringem Maße um Politik gekümmert, und sie waren die Kräfte, die Sie mobil machen wollten gegen den Sozialismus. Ihre Agitation wurde in die Kasernen getragen, es wurde alles aufgeboten, um diese Wähler für Sie einzufangen.

Wir haben die Auffassung vertreten, daß die Nationalwahl kommen müsse, weil der Parlamentarismus in Deutschland eine eingebürgerte Einrichtung ist, aber wir haben verlangt, daß Zeit gelassen wird, die Wähler aufzuklären, damit sie auch politisch ein Urteil abgeben könnten aus eigener Überzeugung. Das war bei einem kurzen Wahltermin gar nicht möglich.

(B) Aber es ist nicht nur dazu gekommen, daß ein kurzer Wahltermin angelegt wurde, sondern dieser Wahltermin ist noch um einen Monat zurückverlegt worden, es sollte den Wählern keine Zeit zur ruhigen Überlegung gelassen werden, und Sie wollten diese Wähler dazu benutzen, um sie an Ihren Parteiwagen zu spannen. Die Sozialdemokratie hat die Beschleunigung der Nationalwahlen unterstützt und hat damit indirekt die bürgerlichen Parteien in den Sattel gehoben. Ich erinnere Sie daran, daß der jetzige Ministerpräsident Scheidemann einen Wahlvorschlag machte, daß man von jeder Listenaufstellung Abstand nehmen sollte, daß man einfach einen Stimmzettel für alle Parteien abgeben sollte, bloß den Namen der Partei daraufsetzen sollte, so daß eine technische Kontrolle der abgegebenen Stimmen überhaupt unmöglich war. Auch der Vorschlag ist in Ihrer Presse und in Ihren Versammlungen auf das lebhafteste befürwortet worden.

(Zuruf: Das ist in Nordamerika längst Gebrauch!)

Aber auf Grund anderer Einrichtungen als die des Herrn Scheidemann. Sie haben außerdem die Frühlegung des Wahltermins auf das äußerste begünstigt. In einer Bezirksversammlung, veröffentlicht am 11. Dezember, zu Ostfachsen heißt es:

(1. Abonnement.)

Die Bezirksversammlung für den neuen ostfächsischen Reichstagswahlkreis verlangt, daß innerhalb der möglichst kürzesten Frist eine sächsische Nationalversammlung einberufen wird.

Sie hatten also auch hier dem vorgearbeitet. In einem anderen Aufrufe vom 13. Dezember des Arbeiter- und Soldatenrates von Chemnitz heißt es:

Weitere Beschlüsse des Arbeiter- und Soldatenrates zu Chemnitz verlangen baldmöglichste Einberufung einer Nationalversammlung der Republik Sachsen nach einem Wahlrecht, das dem zu der deutschen Nationalversammlung gleichen soll, sowie die Einberufung der Nationalversammlung so zeitig wie möglich, spätestens aber Mitte Januar.

In einer Versammlung des A.- und S.-Rates von Dresden, die am 11. Dezember stattfand, hatte Herr Rahmann darüber referiert, daß sehr schnell die Wahlen vollzogen werden sollten; und es wurde denn auch der Beschluß gefaßt, an die Volksbeauftragten des Deutschen Reiches das Ersuchen zu richten, dahin zu wirken, daß die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung weit eher stattfinden, als in Aussicht genommen. Überall wurde also der Versuch gemacht, die Wahlen recht früh stattfinden zu lassen, und Sie haben es auch ruhig ausgesprochen, Sie glaubten, daß durch die Erregung der Wähler durch die Revolution eine Mehrheit für die Sozialdemokratie gewonnen werden konnte, während wir die Auffassung vertraten, daß nur dann das deutsche Volk ein politisches Urteil abgeben könnte, wenn es auch Zeit habe, sich politisch zu informieren. Bei den Soldaten war es ja noch das Schlimme, daß sie seit Jahren im vaterländischen Durchhaltefinne durch die Militärbehörden politisch informiert worden waren.

Nun komme ich aber zu der Frage der Verwirrung des Begriffes der Demokratie. Darüber habe ich mich schon einmal bei Begründung —

(Abg. Illge: Deshalb braucht es nicht noch einmal gesagt zu werden!)

Darüber, Herr Abgeordneter Illge, habe ich ein eigenes Urteil, und ich treffe meine Rededispositionen selber, ich brauche keinen Schulmeister. —

(Zuruf rechts: Aber wir müssen es hören!)

— Das ist Ihnen auch sehr zuträglich. — Wir müssen uns darüber klar sein, welche Demokratie vertreten werden soll. Darüber besteht kein Zweifel, daß die Demokratie, die die bürgerlichen Parteien fordern, grundverschieden ist von sozialdemokratischer Demokratie, deshalb grundverschieden, weil die bürgerliche Demokratie in der kapitalistischen Gesellschaft durchgeführt werden kann, während